

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 164 (1986)

Artikel: Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : I. Band
Autor: Haerberli, Wilfried
Kapitel: 9.: Die organisierte Arbeiterschaft Basel und die Genossenschaftsbewegung, 1865-1900
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1890 schlossen sich die fünf schweizerischen Arbeiterinnenvereine zu einem *Zentralverband* zusammen. Zu diesem Zeitpunkt wies nur die weitaus grösste Sektion, der Arbeiterinnenverein Bern, ein blühendes Vereinsleben auf, nicht zuletzt dank der Präsidentin Leonie Steck, der Gattin des Gründers der SPS.⁴⁸⁾ Der Arbeiterinnenverein Basel scheint nach dem Wegzug von Helene Dietz eine leichte Krise durchgemacht zu haben, nicht zuletzt wegen der Gründung eines *zweiten Arbeiterinnenvereins* in der Stadt.

Initiantin dazu war *Emma Wahlen*. Im Jahr 1889 trat sie unter dem Eindruck von Vorträgen der bekannten Sozialistin Clara Zetkin dem Arbeiterinnenverein bei. Die Versuche der Damenschneiderin, ihre Berufskolleginnen zum Eintritt in den Verein zu bewegen, scheiterten daran, dass diese sich nicht durch den Beitritt zu einem vorwiegend Fabrikarbeiterinnen umfassenden Verein als Arbeiterinnen bekennen wollten. So gründete Emma Wahlen zusammen mit *Sophie Arnold*, der Gattin Wilhelm Arnolds und Mutter von zehn Kindern, noch im gleichen Jahr den *Fachverein der Schneiderinnen und Weissnäherinnen*.⁴⁹⁾ 1891 trat er mit 50 Mitgliedern dem Arbeiterbund Basel bei.⁵⁰⁾

Trotz diesem Konkurrenzunternehmen scheint sich der Arbeiterinnenverein in den neunziger Jahren gut entwickelt zu haben, wurde ihm doch für längere Zeit die *Führung der Schweizerischen Verbandsangelegenheiten* anvertraut.⁵¹⁾ Überhaupt brachte das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts der Basler Arbeiterinnenbewegung eine *erstaunliche Entfaltung*. Allerdings handelt es sich bei den neugegründeten Vereinigungen (Wäscherinnen- und Putzerinnenverein, Glätterinnenverein, Frauenbund) durchwegs um ephemere Erscheinungen. Der unter dem Präsidium «Mutter Arnolds» stehende Frauenbund trat kurz nach seiner Gründung im Spätjahr 1895 mit der Forderung des Zehnstudentags und weiblicher Gewerbeinspektorinnen an die Öffentlichkeit, Postulate, denen er durch den Anschluss an den Arbeiterbund Basel Nachdruck zu verschaffen versuchte. Nach kurzer Zeit musste sich aber auch diese Organisation infolge Teilnahmslosigkeit ihrer Mitglieder wieder auflösen.⁵²⁾

9. Kapitel: Die organisierte Arbeiterschaft Basel und die Genossenschaftsbewegung, 1865–1900¹⁾

Die erste umfassende Organisation der Basler Arbeiterschaft, der *IAV*, und der Allgemeine Consumverein (*ACV*) sind fast gleichzeitig entstanden und beide *Kinder der wirtschaftlichen Depression während der sechziger Jahre*.

Den Mittelpunkt der Bestrebungen, die Not der Arbeiterschaft durch eine Konsumentenorganisation zu mildern, bildeten zu jenem Zeitpunkt der *Linksfreisinn* und dessen Organ, der «Schweizerische Volksfreund». Der führende Kopf war der Kaufmann *Bernhard Collin-Bernoulli*, der, vor allem unter dem Einfluss der Ideen des grossen preussischen Vorkämpfers für die genossenschaftliche Idee, V.A. Hubers,

1865 die geistigen und organisatorischen Grundlagen des zu schaffenden Vereins festlegte.²⁾ Rund 90 Jahre später ist von politischer Seite die «bürgerliche» Gründung des ACV in Frage gestellt worden; ihn hätten «echt proletarische» Elemente ins Leben gerufen. Aufgrund des heute vorliegenden Quellenmaterials muss die Streitfrage in dem Sinn entschieden werden, dass der ACV Basel im Sommer 1865 weder ausschliesslich als «proletarische» noch als spezifisch «bürgerliche» Organisation im Sinne des Klassenkampfvocabulars entstanden ist, sondern aufgrund des Zusammenwirkens beider Elemente. Es darf als gesichert gelten, dass der im November 1864 gegründete «Schweizerische Arbeiterverein» der *Mutterschoss* sowohl der *Basler Sektion der Ersten Internationale* wie – wenn auch in beschränktem Ausmass – des ACV gewesen ist. Noch während die Vorarbeiten für die Gründung des ACV ihrer Vollenendung entgegengingen, hatte der Schweizerische Arbeiterverein eine «Einkaufs-Gesellschaft» ins Leben gerufen, die ihre Tätigkeit unter der Führung Rudolf Starkes im Lokal Spalenberg 26 spätestens Ende Juli 1865 aufgenommen haben muss. Bereits am 22. August wurden die Mitglieder des «Arbeiter-Consumvereins» in einem Inserat der «Basler Nachrichten» aufgefordert, sich dem indessen gegründeten ACV anzuschliessen. Am 9. September übernahm der ACV das Lokal der Einkaufs-Gesellschaft und etwas später auch den Verwalter Rudolf Starke. Der ACV war in seinen Anfängen eng mit dem IAV verbunden und zwar durch *Personalunion führender Mitglieder* wie der Linksfreisinnigen Klein, Göttsheim, Collin-Bernoulli und Bohny, aber auch des Präsidenten J.H. Frei, des späteren Vizepräsidenten und Redaktors Starke und des unvermeidlichen J.M. Senn, der in beiden Organisationen eine Rolle zu spielen versuchte.³⁾

Bei der Gründung beider Vereinigungen trafen *ausländische Anregungen und Vorbilder sowie lokale Notwendigkeiten* zusammen. Es mag verwundern, dass die zeitliche Nähe der Gründung – der IAV entstand rund sieben Monate nach dem ACV – und die weitgehende Personalunion der Führerschaft nicht zu einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen geführt haben, zumal Arbeitergenossenschaften durchaus zu den Forderungen der internationalen Arbeiterbewegung in ihrer Frühphase gehörten. Der Grund dazu dürfte vor allem darin liegen, dass Collin den Basler Consumverein von Anfang an als *alle Volksschichten umfassende* Konsumentenorganisation zu verwirklichen suchte. Lässt das erste Mitgliederverzeichnis von Ende August 1865 den ACV noch als Arbeiter- und Handwerkerverein erscheinen, so war Collins Ziel Ende 1870 schon weitgehend erreicht. Starke, der als Bindeglied zwischen der genossenschaftlichen und gewerkschaftlich/politischen Bewegung hätte dienen können, scheint nach seinem baldigen Rücktritt als Verwalter dem ACV ganz den Rücken zugewandt zu haben, und Collin zog sich bald darauf nach unerquicklichen Ereignissen von der Leitung des von ihm gegründeten Unternehmens zurück.⁴⁾

Die *Gleichgültigkeit der organisierten Arbeiterschaft gegenüber dem ACV* änderte sich in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht. Kein einziges führendes Mitglied einer

Gewerkschaft oder eines politischen Arbeitervereins lässt sich in den siebziger oder achtziger Jahren in den Behörden des ACV nachweisen. Karl Bürgin-Haas, der 1888 in den Verwaltungsrat gewählt wurde, dürfte das erste sozialistische Mitglied dieser Behörde nach Rudolf Starke gewesen sein, spielte zu dieser Zeit in der Arbeiterbewegung aber noch eine untergeordnete Rolle.

Als 1886 die Basler Arbeiterbewegung durch die Gründung des zweiten Arbeiterbunds neu aufgebaut wurde, hatten deren Führer mit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation gerade genug zu tun; die Konsumgenossenschaft als Mittel der Arbeiteremanzipation zogen sie nicht in Betracht. *Eugen Wullschleger*, der dem ACV als Mitglied seit den frühen achtziger Jahren angehörte, nahm erstmals 1894 an einer Generalversammlung teil.⁵⁾ Seit 1888 äusserte er sich im «Arbeiterfreund» mehrmals *kritisch* über den ACV und liess als Hauptursache seiner Skepsis durchschimmern, dass die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht in der Lage oder nicht willens sei, die kapitalistische Gesellschaftsordnung grundlegend zu verändern.⁶⁾ In dieser Beurteilung traf er sich mit der deutschen Sozialdemokratie, die auf dem Berliner Parteitag von 1892 ihre genossenschaftsfeindliche Stellung – wohl ein Erbstück der Lassalle-Epoche – erneut festlegte.⁷⁾

Dennoch scheint gerade das Jahr 1892 in den Beziehungen zwischen der politisch-gewerkschaftlichen und der konsumgenossenschaftlichen Bewegung Basels eine Wende gebracht zu haben: Im *Verwaltungsrat des ACV* tauchen gleich vier *Sozialdemokraten* auf, unter ihnen Wilhelm Arnold, der bedeutendste damalige Arbeiterführer Basels nach Wullschleger.⁸⁾ Damit wurde nun aber die *Politik in den ACV* hineingetragen. In diesem hatten bisher linksfreisinnige Elemente wie J.Fr. Schär, Christian Gass und Cölestin Stadelmann den Ton angegeben. Seit 1893 wurden die Wahlen in den Verwaltungsrat, die jährlich eine Drittelserneuerung dieser Behörde zur Folge hatten, im Zeichen des *Machtkampfs* zwischen den mehrheitlich freisinnigen «*Bürgerlichen*» und den der *organisierten Arbeiterschaft* angehörenden Genossenschaftlern durchgeführt. Erstmals tauchte das Schreckgespenst eines «roten» ACV auf. Dazu kam es indes noch nicht; das *Gleichgewicht der Kräfte* zeichnet die Zusammensetzung der Behörden gegen Ende des Jahrhunderts aus.⁹⁾

Die intensive Mitarbeit führender Sozialdemokraten in der Verwaltung – 1898 standen mit dem wenige Jahre zuvor zur SP übergetretenen Stadelmann und Bürgin-Haas zwei Vertreter der organisierten Arbeiterschaft dem Verwaltungsrat und der Betriebskommission vor – dürfte Erkenntnissen entsprungen sein, wie sie in der deutschen Sozialdemokratie auf dem Parteitag des Jahres 1899 in einer von Bebel vorgelegten Resolution zum Durchbruch kamen. Bei den deutschen Parteiführern hatte sich zwischen 1892 und 1899 eine bedeutsame Wendung in bezug auf die Bewertung der Genossenschaft vollzogen, erklärte die Bebelsche Resolution doch: «Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften . . . als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung sol-

cher Genossenschaften . . . ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie misst diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Sklaverei.»¹⁰⁾

Gerade die führenden Genossenschaftspolitiker unter den Basler Sozialdemokraten waren weit von jedem sozialistischen oder gar marxistischen Doktrinarismus entfernt. Mochte das sozialistische Endziel ihnen bei Parteifeiern vor Augen stehen, so waren sie doch Pragmatiker genug, um im Alltag *die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems* zur Leitidee ihres Handelns zu machen.

Wenn Bebel den Nutzen der Genossenschaft nicht zuletzt darin sah, dass sie die Arbeiterschaft zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu führen vermöge, so ist immerhin zu bedenken, dass unter den sozialdemokratischen Genossenschaftspolitikern Basels das eigentliche Arbeiterelement sich in der Minderheit befand. Dennoch bleibt es unbestritten, dass ursprüngliche Berufsarbeiter wie Wilhelm Arnold und Gottfried Krebs oder gar Fabrikarbeiter wie Karl Bürgin-Haas und Joachim Ebner, wenn sie auch indessen teilweise in gehobene Tätigkeiten aufgerückt waren, in der Geschäftsführung einer so bedeutenden Konsumentenorganisation, wie sie der ACV Ende des 19. Jahrhunderts schon darstellte, sehr viel gelernt haben, was auch ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit zugute kommen musste. Wenn der ehemalige Feger Bürgin-Haas nach 1900 zu einem der führenden Mitglieder der SP-Grossratsfraktion wurde und auch bei seinen politischen Gegnern wegen seiner Sachkenntnis in hoher Achtung stand, dürften dazu nicht zuletzt die Lehrjahre in den ACV-Behörden beigetragen haben.

Es waren aber nicht allein parteipolitische Erwägungen, die einen beträchtlichen Teil der sozialdemokratischen Führerschaft in den neunziger Jahren der Genossenschaftsbewegung zuführten. Für die meisten unter ihnen bedeutete die leitende Tätigkeit in den Spezialkommissionen des ACV einen nicht zu unterschätzenden *Nebenverdienst*, auch wenn ein Teil davon der Parteikasse geopfert werden musste. Gerade in diesem Drängen nach relativ einträglichen Positionen zeigte sich allerdings auch eine Schattenseite der aktiven Genossenschaftspolitik: Für viele entstand dadurch eine *Überlastung*, die weder für sie noch für die Bewegung auf die Dauer tragbar war. Arnold, Bärwart, Bürgin-Haas, Fautin, Jauslin, Krebs, Müller-Ott, Ringele und Stadelmann waren in den neunziger Jahren während kürzerer oder längerer Zeit *zugleich Grossräte und ACV-Behördemitglieder* und darüberhinaus in Partei- oder gewerkschaftlichen Vertrauensstellungen tätig. Kann es da verwundern, dass Wullschleger, der immer das Ganze der Bewegung vor Augen hatte, diesem Überborden der genossenschaftlichen Tätigkeit mit steigenden Bedenken zusah und immer wieder vor der *Zersplitterung der Kräfte* warnte?

Wenn gegen Ende des 19. Jahrhunderts die *genossenschaftliche Gedankenwelt* in der Basler Sozialdemokratie immer fester Fuss fasste, so verdankte sie dies weitge-

hend einem Mann, der eine der führenden, wenn auch der umstrittensten Gestalten der schweizerischen und internationalen Genossenschaftsbewegung werden sollte: *Dr. Hans Müller*. Der 1867 in Norddeutschland Geborene, ursprünglich ein kämpferischer Marxist, hatte mit 23 Jahren seinen Redaktorposten an der sozialdemokratischen Magdeburger «Volksstimme» aus Protest gegen die nach seiner Meinung kleinbürgerliche Politik seiner Partei aufgegeben und in Bern seine Studien mit dem philosophischen Doktorat abgeschlossen. In den Schweizer Jahren löste er sich allmählich von der Doktrin seiner Jugendjahre und wandelte sich, nicht zuletzt unter dem Einfluss des Oberwilers Stephan Gschwind, vom Marxisten zum Vorkämpfer des Genossenschaftssozialismus. Seit 1895 in Basel niedergelassen, wurde Müller am 1. Januar 1897 zum Sekretär des 1890 gegründeten Verbands Schweizerischer Konsumvereine (VSK) mit Sitz in Basel gewählt; er versah diesen Posten mit Auszeichnung während elf Jahren. Mit einer Schweizerin verheiratet und seit 1899 Basler Bürger, lebte er sich immer intensiver in die schweizerischen Verhältnisse ein. An die Stelle des politischen Kampfes traten administrative Tätigkeit und wissenschaftliche Forschung. Müller ist der Begründer der «Schweizerischen Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik», die er bis Anfang 1899 redigierte, vor allem aber der Historiograph des schweizerischen Konsumgenossenschaftswesens, dessen Geschichte er 1896 in Basel veröffentlichte.¹¹⁾

Bedeutsam für das Verhältnis der Basler Sozialdemokratie zur Genossenschaftsfrage wurde Müllers Schrift «*Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung durch Konsumgenossenschaften*. Ein Beitrag zur Förderung freiheitlicher Sozialreform», die ebenfalls 1896 in Basel erschien. Er vertrat darin die Überzeugung, der Weizen des Marxismus blühe vornehmlich unter autokratischen Regierungen wie jener Deutschlands, die direkte Demokratie mache ihn für die Schweiz unnötig. Dieses Land sei für den Genossenschaftssozialismus prädestiniert. Die Konsumgenossenschaften sollten einen Teil ihres Reingewinns den Gewerkschaften zukommen lassen. Im Gegensatz zu seinen ehemaligen deutschen Parteifreunden hielt er die konsumgenossenschaftliche Bewegung für fähig, die sozialistische Gesellschaft in der kapitalistischen vorzubereiten.

Müller ist erst am 27. Oktober 1900 der Basler Sozialdemokratie beigetreten und zwar bezeichnenderweise über den Grütliverein.¹²⁾ Dennoch kann kein Zweifel bestehen, dass die 1896 entwickelten Gedanken bei einer bedeutenden Anzahl sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Genossenschaftspolitiker bekannt geworden sind und Anklang gefunden haben. Stadelmann und Bürgin-Haas wirkten zu jener Zeit im Vorstand des VSK und kamen schon von Amtes wegen mit Müller in nähere Berührung.¹³⁾ Die «Schweizerischen Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik», die dem Genossenschaftssozialismus breiten Raum gewährten, wurden nachgewiesenermassen auch von führenden Basler Sozialdemokraten gelesen. Vor allem aber fanden sich die geistig aufgeschlossensten und gebildetsten Parteiführer mit andern an der sozialen Frage interessierten Männern der Stadt in der im November 1896 gegründeten

überparteilichen «Sozialwissenschaftlichen Vereinigung» zusammen, der Eugen Wullschleger vorstand und in der Dr. Müller eine führende Rolle spielte.¹⁴⁾ Mochten Wullschleger und dessen Parteifreunde die Bedeutung der Konsumgenossenschaften als Vorbereiter der sozialistischen Gesellschaft geringer anschlagen als der Theoretiker Müller, so dürfte sie dessen Leitgedanke einer engen Verbindung zwischen genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher und politischer Organisation der Arbeiterschaft doch wesentlich beeinflusst haben.

Als erste praktische Auswirkung des Zusammenrückens zwischen organisierter Arbeiterschaft und ACV darf der gemeinsame Kampf gegen das *kantonale Wirtschaftsgesetz* gelten. Im Mai 1898 hatte der Grosse Rat eine Revision dieses Gesetzes verabschiedet, durch welche die Interessen des ACV und damit grosser Bevölkerungskreise beeinträchtigt wurden. Dass der ACV durch seine Mitglieder dagegen das Referendum ergriff, bedeutete eine selbstverständliche Massnahme des Selbstschutzes. Entscheidend war aber, dass eine Vertrauensmännerversammlung der SP vom 2. Juni gegen die Opposition des Parteiwirts Ringele, der an den neuen Bestimmungen interessiert war, beschloss, das Referendum zur Parteisache zu machen und den «Vorwärts» dafür einzuspannen. Es wurde eine Art *Arbeitsteilung zwischen dem ACV und der Partei* vereinbart: Jener hatte die «Munition», d.h. Zeitungsartikel und Plakate, zu liefern, diese sammelte Unterschriften, veröffentlichte die Kampfartikel und schlug durch ihre Agitatoren die Plakate an. Diese erstmalige öffentliche Zusammenarbeit hatte vollen Erfolg: Am 28. August 1898 wurde die grossrätliche Vorlage, die vor allem gegen den Alkoholverkauf des ACV gerichtet war, vom Volk wuchtig verworfen.¹⁵⁾